

„Berlin ist das Aushängeschild eines neuen Deutschland“

Interview Der Historiker Heinrich August Winkler erklärt zum 60. Jahrestag des Mauerbaus, wie der Westen mit der Abschottung des Ostens umging, was die Mauer für die Linken bedeutete und warum in der eigenen moralischen Überhöhung eine Gefahr für das Land liegt

Herr Winkler, am 13. August ist der 60. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer. Alle kennen das Datum, was genau spielte sich im Vorfeld ab?

Heinrich August Winkler: Die Vorgeschichte des Mauerbaus beginnt mit Chruschtschows Berlin-Ultimatum vom November 1958 und der sowjetischen Forderung des Abzugs der Westalliierten sowie der Umwandlung Westberlins in eine „freie Stadt“ auf dem Gebiet der DDR. Das wurde vom Westen zurückgewiesen. Im Juni 1961 trafen sich dann der sowjetische Parteichef Nikita Chruschtschow und US-Präsident John F. Kennedy. Das Treffen in Wien brachte deutschlandpolitisch aber keine neuen Ansätze. Kennedy formulierte im Juli 1961 schließlich seine drei Essentials: das Verbleiben der Westalliierten in Westberlin, den freien Zugang von und nach Westberlin und das politische Selbstbestimmungsrecht der Westberliner. Über Ostberlin hat Kennedy in seiner Fernsehansprache nicht gesprochen. Das wurde im Osten entsprechend verstanden.

Worin liegt die historische Bedeutung des Mauerbaus?

Winkler: Der Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 bedeutet buchstäblich die Zementierung der deutschen Teilung. Bis dahin galt Berlin, oder besser der Westen der Stadt, als Tor zur freien Welt. In Berlin konnte man mit der S-Bahn in die Freiheit fahren. Diese Möglichkeit haben auch viele aus dem Osten genutzt: zunächst viele Angehörige des Bürgertums, dann Facharbeiter, dann Bauern, die mit ihrer Flucht in den Westen auf die Kollektivierung der Landwirtschaft reagierte. Das war eine Abstimmung mit den Füßen. Die Führung der DDR fürchtete ein Ausbluten des Landes. Berlin war die Insel der Freiheit im roten Meer, wie es damals im Westen hieß.

Mit dem Bau der Mauer war Berlin der Vorposten der freien Welt ...

Winkler: Das war es schon zuvor, wenn wir an die Rede des damaligen Oberbürgermeisters Ernst Reuter von 1948 denken: „Völker der Welt, schaut auf diese Stadt.“ Mit dem Bau der Mauer war Westberlin noch mehr als zuvor das Schaufenster des Westens. Die Verteidigung Berlins galt auch als Prestigefrage. Ein Fall der Stadt wäre einer Kapitulation des Westens gleichgekommen. Die Haltung des Westens unterstrich der Besuch Kennedys im Westteil der Stadt im Sommer 1963 mit dem berühmten Satz: „Ich bin ein Berliner.“

Dem Bekenntnis zur Freiheit Westberlins. Insgesamt fiel die US-Reaktion allerdings eher verhalten aus ...



Arbeiter erhöhen die Sektorensperre an der Bernauer Straße in Berlin im August 1961. Fast Abend für Abend war es an diesem und anderen Mauerabschnitten zu Zwischenfällen gekommen. Am 13. August 1961 wurde die Mauer in Berlin gebaut. Foto: dpa

Winkler: Kennedy hatte kurz vor seiner Reise 1963 nach Berlin in den USA eine Grundsatzrede unter dem Motto gehalten: „Strategie des Friedens“. Seine Überlegung lautete: Wenn die Differenzen in der Welt nicht überwunden werden können, muss man lernen, mit ihnen zu leben. „To make the world safe for diversity“ – frei übersetzt: die Welt reif machen für das Ertragen von Gegensätzen – hieß das bei Kennedy in Anlehnung an Woodrow Wilson. Der Berliner Politikwissenschaftler Richard Löwenthal hat später mit Blick auf Mauerbau und Kubakrise von einer Doppelzäsur gesprochen. Die Nichtstationierung sowjetischer Atomraketen auf Kuba 1962 bildete die Anerkennung der westlichen Machtsphäre. Die zurückhaltende US-Reaktion auf den Mauerbau bedeutete die Hinnahme des Status quo in Europa.

Was waren die Konsequenzen für das politische Berlin?

Winkler: Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt und Egon Bahr, der Pressesprecher des Senats, übertrugen Kennedys Einsichten auf

Berlin: Um die Realität zu ändern, muss man sie zuerst als solche anerkennen. Schon im Dezember 1963 folgte das Berliner Passierscheinabkommen. Damit war das Tabu gebrochen, dass mit dem anderen deutschen Staat nicht verhandelt werden dürfe. Als Bundeskanzler setzte Brandt nach 1969 diese Linie mit seiner Ostpolitik fort: der Moskauer Vertrag 1970, der Warschauer Vertrag im gleichen Jahr mit der faktischen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, das Viermächteabkommen über Berlin von 1971 und der Grundlagenvertrag 1972. Ohne die neue Ostpolitik hätte es 1990 schwerlich eine Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit gegeben.

Die Ostverträge waren damals heftig umstritten. Es war die Rede von „zwei Staaten und einer Nation“. Wie sehr hat das das Entstehen eines postnationalen Staatsverständnisses in Deutschland vorangetrieben?

Winkler: Diese Entwicklung setzte schon früher ein – nach dem Zweiten Weltkrieg. Der übersteigerte Nationalismus in Deutschland hatte

im Dritten Reich seinen Höhepunkt – oder vielmehr seinen Tiefpunkt erreicht. Nach 1945 knüpften katholische Konservative dann an die übernationalen Reichsidee aus dem Mittelalter an. Die Nation sollte in etwas Übergeordnetem aufgehen – Europa. In der Folgezeit wanderte die übernationalen Idee von rechts nach links.

Wie ging dieser Prozess vonstatten?

Winkler: Die Debatte vollzog sich vor dem Hintergrund der Deutschlandpolitik: zwei Staaten, eine Nation. Von der Bundesrepublik als deutschem Nationalstaat konnte keine Rede sein. 1976 sprach der liberalkonservative Historiker Karl-Dietrich Bracher mit Blick auf die Bundesrepublik von einer postnationalen Demokratie unter Nationalstaaten. Oskar Lafontaine, damals stellvertretender Vorsitzender der SPD, leitete dann 1988 in seinem Buch „Die Gesellschaft der Zukunft“ aus der Perversion des Nationalismus in Deutschland vor 1945 eine supranationale Sendung der Bundesrepublik in Europa ab. Damit einher ging auch eine symboli-

sche Umdeutung der Berliner Mauer. Sie war für Teile der Linken nun nicht mehr nur eine Folge des mangelnden deutschlandpolitischen Konsenses der Alliierten, die Mauer avancierte zum stillen Mahnmal für die nationalsozialistischen Verbrechen. Der Schriftsteller Günter Grass folgerte: Auschwitz schließt eine Wiedervereinigung aus.

In diese postnationale Welt kam der Fall der Mauer 1989 und die deutsche Einheit. Wie lässt sich das wiedervereinte Deutschland aus Sicht des Historikers einordnen?

Winkler: Die deutsche Frage ist mit der Wiedervereinigung vom 3. Oktober 1990 endgültig gelöst. Und zwar auf dreifache Weise. Der klassische Konflikt der deutschen Geschichte, die Frage nach Einheit und Freiheit, ist beantwortet. Auf die gescheiterte Revolution von unten 1848 und den Ruf nach Freiheit antwortete Bismarck 1870/71 mit einer Revolution von oben und dem Vorrang der Einheit vor der Freiheit. Die Wiedervereinigung bringt die Einheit in Freiheit. Zweitens ist die Gebietsfrage völkerrechtlich ein-

deutig geklärt. Drittens ist die deutsche Frage nicht länger ein Problem der europäischen Sicherheit. Deutschland gehört der EU und der Nato an. Die Bundesrepublik ist wie die anderen Mitgliedstaaten der EU ein postklassischer Nationalstaat. Sie übt einige ihrer Hoheitsrechte gemeinsam mit anderen aus und hat andere auf supranationale Einrichtungen übertragen.

Deutschlands Rolle in der Eurokrise, die Haltung in der Flüchtlingspolitik im Herbst 2015, das Neusortieren der EU nach dem Brexit – vielfach wird auch von einer neuen deutschen Frage gesprochen ...

Winkler: Deutschland hat aus der Geschichte gelernt – mit großem Erfolg. Die Debatte über die neue deutsche Frage impliziert etwas anderes: politische Alleingänge mit einem Sendungsbewusstsein, das von den Partnern mitunter als anmaßend empfunden wird – in der Migrationskrise, aber auch mit Blick auf eine demonstrative militärische Zurückhaltung. Von den Nachbarn kann das leicht als Anspruch auf moralische Überlegenheit gedeutet werden.

Vor 30 Jahren entschied der Bundestag, den Regierungssitz nach Berlin zu verlegen, entgegen manchen Befürchtungen wegen der einstigen Rolle der Stadt in der preußischen Geschichte vor 1945. Wie nehmen Sie Berlin und die Rolle des wiedervereinten Deutschland wahr?

Winkler: Der Beschluss des Bundestags vom 20. Juni 1991 war die einzig realistische Lösung der Hauptstadtfrage. Berlin hat sich in vielerlei Hinsicht zu einer echten Metropole entwickelt. Die Stadt tut gut daran, sich als Aushängeschild eines neuen Deutschland zu verstehen. Ohne moralisches Sendungsbewusstsein. Das bedeutet nicht, dass die Bundesrepublik als postklassischer Nationalstaat die Lehren aus der Geschichte und des langen deutschen Weges nach Westen verkennt. Der Westen steht für die Idee einer rechtsstaatlich verfassten, repräsentativen Demokratie. Diese Entwicklung ist vielfach bedroht, wenn wir etwa an illiberale Demokratien in unserer Nachbarschaft denken. Die EU versteht sich als Wertunion. Dieser Anspruch darf mit Blick auf manchen Mitgliedstaat in Ostmitteleuropa nicht unter die Räder kommen.

Interview: Peter Riesbeck



Heinrich August Winkler, 82, lehrte ab 1991 an der Humboldt-Universität in Berlin. Er befasst er sich mit dem langen Weg Deutschlands nach Westen.

Eine Katastrophe aus dem Nichts

Zeitgeschichte Martina Schoeneich aus Dießen am Ammersee war ein kleines Mädchen, als ihre Eltern die Flucht in den Westen wagten. Dann begann der Bau der Mauer. Vater und Mutter kamen zurück, doch die Ereignisse sind bis heute präsent

VON SIMON KAMINSKI

Dießen Damit hatte Martina Schoeneich nicht gerechnet. „Ich hatte mich ja erst am Tag davor beworben.“ Mit Erfolg: Denn die Frau, die heute im schönen Dießen am Ammersee wohnt, hat den ersten Preis im ARD-Videoettbewerb „60 Jahre Mauerbau“ gewonnen. Die Auszeichnung hat sie dafür erhalten, dass sie die so anrührende wie dramatische Geschichte über das Schicksal ihrer Familie in einem kleinen Film erklärt hat.

Die Erinnerungen, die Schoeneich schildert, drehen sich in erster Linie um ihre eigene Ausreise aus der DDR und die Erniedrigungen durch Behörden und Stasi, die sie vor ihrer Ausreise mit ihrem damaligen Mann 1981 erlebt hat.

Besonders spektakulär und anrührend allerdings ist die Geschichte, die Schoeneich über den Bau der Mauer, der heute vor 60 Jahren be-

gonnen hat, erzählen kann. Nur wenige Tage vor dem Bau des – so der DDR-Jargon – „antikapitalistischen Schutzwalls“ am 13. August 1961 setzten ihre Eltern, die bei Dresden wohnten, einen kühnen Plan um: Sie wollten das Elend des real existierenden Sozialismus hinter sich lassen – wie viele Millionen Landsleute.

Am 11. August war es so weit: Das Ehepaar machte sich auf den Weg. Die Familie wollte nicht länger ertragen, dass das kommunistische Regime ihre Freiheit beschränkt. Alles war vorbereitet. Der Bruder der Mutter wartete im Westen auf das Paar. Klar war immer: Die Tochter wird nachgeholt. Die kleine Martina, damals gerade einmal acht Jahre alt, wusste von alledem nichts – aus Sicherheitsgründen. Eingeweiht waren die Großmütter.

Die Staatssicherheit und die Behörden waren gerade in den Tagen



Martina Schoeneich lebt heute in Dießen am Ammersee. Die versuchte Flucht der Eltern beschäftigt die Familie bis heute. Foto: Schoeneich

vor dem Mauerbau extrem alarmiert. Doch es ging alles gut. Während in der S-Bahn nach Westberlin in diesen Tagen verstärkt Familien mit Kindern kontrolliert wurden,

hatten die Eltern keine Probleme. Alles schien so abzulaufen, wie es geplant war: Der Vater sollte die Tochter nach der wohlgeplanten Flucht über Westberlin nachholen.

Die Tochter blieb zurück. Dann verlor die Oma die Nerven: „Bitte sofort kommen, M. lebensgefährlich erkrankt“, so lautete das dramatische Telegramm an die Eltern. „M.“ – das stand für die kleine Martina. Die Eltern kehrten sofort zurück, allerdings waren sie überrascht, dass die Tochter im Hof quietschfidel spielte. „Das war insbesondere für meinen Vater, der Ingenieur war, ein großer Schock“, erinnert sich Martina Schoeneich. Am 13. August 1961 schließlich platzten alle Träume – an eine Ausreise in den Westen war nicht mehr zu denken. Die Mauer schuf ein Gefängnis.

Immerhin hatten die Behörden die geplante Republikflucht nicht auf dem Radar – schließlich hatten die Eltern einen 14-tägigen Urlaub beantragt. Danach ging alles so weiter wie zuvor, obwohl sich die Familie innerlich längst von der DDR-Diktatur verabschiedet hatte.

Dennoch: Die Eltern von Martina

Schoeneich machten weiter, als ob nichts gewesen wäre. Doch das Vertrauen in den Unrechtsstaat war endgültig zerstört. „Das war besonders für meinen Vater sehr bitter“, erinnert sich Martina Schoeneich.

Seit 1992 lebt Schoeneich in Dießen am Ammersee. Doch die Erlebnisse ihrer eigenen Ausreise motivierte sie dazu, ein Buch zu schreiben. „Das war mir für meine Töchter und Enkelkinder wichtig. Sie sollen wissen, wie es früher in der DDR aussah.“ Ihr Buch – besser gesagt eine Abrechnung mit dem System DDR – ist im Eigenverlag erschienen.

Martina Schoeneich hat in Dießen eine neue Heimat gefunden. „Besonders freue ich mich darüber, dass meine Töchter dankbar sind, dass ich in den 80er Jahren doch noch in den Westen gegangen bin.“ Sie habe die Unfreiheit und die Bespitzelung durch die Stasi nicht mehr ertragen können.